

Der letzte Versuch

Wie der Landeshauptmann versucht, die **Demo der öffentlich Bediensteten** zu verhindern – oder zumindest einen großen Aufmarsch abzuwenden.

von Heinrich Schwarz

Wie ein Lehrer, der die Eltern zu sich zitiert, weil die Schüler nicht brav waren. Diesen Eindruck hatten einige Gewerkschafter, als Landeshauptmann Arno Kompatscher am Montag die Vorsitzenden der Gewerkschaften zu sich lud, um über die vorerst gescheiterten Kollektivvertragsverhandlungen im öffentlichen Dienst zu sprechen.

„Es war für uns überraschend – um nicht etwas anderes zu sagen –, dass die öffentliche Verhandlungsdelegation gar nicht dazu kam, ihren Vorschlag zu erläutern, ehe die Fachgewerkschaften den Verhandlungstisch verließen und eine Kundgebung ankündigten. Deshalb habe ich mir erlaubt, die Führungsspitzen der Gewerkschaften einzuladen, um zu verstehen, wie wir künftig solche Vertragsverhandlungen führen, wenn es uns nicht mal gelingt, am Tisch Vorschläge zu besprechen“, erklärte Kompatscher gestern nach der Sitzung der Landesregierung, wo das Thema zur Sprache kam.

„Niemand aus der öffentlichen Delegation“, so Kompatscher, „hat erwartet, dass die Gewerkschaften sofort unterschreiben. Das ist bei Verhandlungen immer so. Es gibt einen Vorschlag, der diskutiert wird. Ich habe den Generalsekretären gesagt, dass die Vorgangsweise der Gewerkschaften nicht zielführend ist.“

Für heute um 09.00 Uhr hat der Landeshauptmann ein weiteres Treffen mit den Generalsekretären organisiert – diesmal im Beisein der beiden Verhandlungsdelegationen (öffentliche Arbeitgeber und Fachgewerkschaften), wobei Landes-Generaldirektor Alexander Steiner die Vorschläge erläutern wird und Fragen gestellt werden können.

„Dann werden wir sehen, ob am geplanten nächsten Verhandlungstermin am 12. Juni weiterverhandelt wird“, sagt Arno Kompatscher.

Er meint jedenfalls: „Die öffentliche Delegation hat einen detaillierten Vorschlag vorgelegt, der in Summe auf drei Jahre deutlich über 300 Millionen Euro schwer ist. Das wären die Zusatzkosten, die aus Steuermitteln finanziert werden müssten und eine doch beträchtliche Belastung des Landeshaushaltes bedeuten.“ Die Forderung der Gewerkschaften – zehn Prozent Gehaltserhöhung für alle – hatte Kompatscher zuletzt auf rund das Doppelte beziffert.



Arno Kompatscher: „Es war für uns überraschend“

Man gewinnt den Eindruck, als wolle der Landeshauptmann die für Donnerstag um 17.15 Uhr geplante Kundgebung der öffentlich Bediensteten noch kurzfristig verhindern – oder zumindest dafür

sorgen, dass nicht erneut tausende Mitarbeiter auf die Straße gehen und damit den Gewerkschaften mehr Verhandlungsmacht geben. Die Gewerkschafter jedenfalls haben diesen Eindruck. Und sie betonen: „Die Kundgebung bleibt aufrecht. Genauso unsere Forderung.“

Arno Kompatscher sagt zur Kundgebung: „Ob sie abgehalten wird oder nicht, ist natürlich die Entscheidung der Gewerkschaften. Alle Bürger haben das Recht auf freie Meinungsäußerung und darauf, Kundgebungen abzuhalten. Klar ist aber: Wir werden die Verhandlungen nicht auf den Magnago-Platz verlegen. Das ist nicht der Ort dafür. Niemand wird aus dem Landtag kommen und verhandeln. Das wäre

Die verlorene Kaufkraft

Das **AFI** hat errechnet: Die öffentlich Bediensteten haben **2.700 bis 3.700 Euro** brutto pro Jahr an Kaufkraft eingebüßt.



Geld: Seit 2010 nur geringe Lohnerhöhungen

Anlässlich des Tarifstreits im öffentlichen Dienst hat das **Arbeitsförderungsinstitut (AFI)** nachgerechnet, auf welches Niveau die Bruttolöhne angesetzt werden müssten, um die gestiegenen Lebenshaltungskosten in Südtirol wettzumachen. Die Lebenshaltungskosten seien

in Bozen zwischen April 2010 und April 2019 um 16 Prozent gestiegen. „Trotz der Lohnerhöhungen in den Jahren 2016 und 2017 bleiben die Bruttolöhne der öffentlich Bediensteten immer noch zwischen zehn und 13 Prozent hinter den Lebenshaltungskosten zurück“, erklärt **AFI-Vizedirektorin Silvia Vogliotti**.

In Zahlen ausgedrückt (berechnet auf den Anfangslohn): „Will man auch nur die Kaufkraft der im April 2010 verhandelten Löhne erhalten, dann müsste die Jahres-Bruttoentlohnung für Mitarbeiter mit Reifediplom in der sechsten Funktionsebene von 24.052 auf 26.787 Euro (plus 2.735 Euro) und jene für Akademiker in der achten Funktionsebene von 30.008 auf 33.696 Euro (plus 3.688 Euro) angehoben werden.“

„Klar ist aber: Wir werden die Verhandlungen nicht auf den Magnago-Platz verlegen.“

Arno Kompatscher

die völlig falsche Vorgangsweise. Sonst wird künftig immer jemand – berechtigt oder nicht – eine Kundgebung machen und die Leute herauszitiern und verhandeln. Dafür gibt es Verhandlungstische, Einladungen und Besprechungen.“

Klar ist bei den Verhandlungen des Bereichsübergreifenden Kollektivvertrages für die über 40.000 öffentlich Bediensteten schon jetzt: Die Fronten bleiben verhärtet. Während die Gewerkschaften sagen, dass ihre 10-Prozent-Forderung aufrecht bleibt, sagt der Landeshauptmann: „Das von der öffentlichen Delegation vorgelegte Maßnahmenpaket ist aus unserer Sicht eine gute Diskussionsgrundlage für die Weiterführung der Verhandlungen.“